

# Euro-Wahl, Abstraf-Wahl

VON JOSEF JOFFE

Zwei Drittel des deutschen Wahlvolkes wußten im April nicht, daß im Juni die Europawahl anstand. Als es dann zur Wahl schritt, waren es weniger als je zuvor: 45 Prozent (1994: 60 Prozent). Und hinterher berichteten die Wähler, daß gerade mal ein Viertel von ihnen die Entscheidung aus europapolitischen Gründen gefällt habe.

Was für die Deutschen gilt, gilt für die anderen auch. In dem riesigen Wahlgebiet, das von Lissabon bis Leipzig, von Lappland bis Sizilien reicht, wurde diesmal die geringste Wahlbeteiligung aller Zeiten gemessen, also seit 1979, als das Europa-Parlament erstmals direkt gewählt wurde. Außerdem ging es überall nicht so sehr um Europa wie um Deutschland, England, Frankreich . . . So haben denn fast 60 Prozent der Deutschen nicht die europäische Agrar- oder Umweltpolitik, die Geldverschwendung oder Korruption im geistigen Auge gehabt, als sie ihr Kreuzchen machten, sondern die politischen Verhältnisse daheim.

Das erste Fazit also: Am „Demokratie-Defizit“ der EU ist wahrlich etwas dran, doch sind die Schuldigen nicht die üblichen Verdächtigen – die Eurokraten in Brüssel, die Politiker in den Hauptstädten –, sondern Herr und Frau Eurowähler. Denen scheint ihr EU-Parlament recht egal zu sein, wenn man die Wahlbeteiligung betrachtet, die anderswo noch weiter abgestürzt ist als in Deutschland. In Finnland und Holland waren es bloß 30, in England gar nur 23 Prozent.

Das wirft ein interessantes Rätsel auf. Just da die Macht des Europäischen Parlamentes wächst und wächst, da es endlich aufhört, die „Straßburger Quasselbude“ zu sein und mit Verve in den Haushalts-, Gesetzgebungs- und Ernennungsprozeß einzugreifen beginnt (siehe den Sturz der Kommission), just zu diesem Zeitpunkt weist der Trend auf „Indifferenz“. Andersherum wäre es logischer gewesen. Wie knackt man das Paradox?

Eine Antwort liefert das englische Ergebnis, wo die Wahlbeteiligung im Vergleich zu 1994 am tiefsten gefallen ist. Der Grund liegt auf der Hand. Seit Menschengedenken wählen die Briten ihre Abgeordneten direkt; sie entscheiden selbst, ob Smith oder Jones ihren Wahlkreis vertritt. In der Eurowahl '99 aber haben sie zum ersten Mal wie die Kontinentalen gewählt, also nach dem Verhältniswahlrecht, wo man nicht Personen, sondern Parteien wählt. Dies mag zwar gerechter sein, weil es jeder Partei soviele Plätze zuweist, wie sie Prozente einfährt, aber es verlängert heftig die Distanz zwischen Wählern und Gewählten. Wieviele Kontinentaleuropäer wissen eigentlich, wer ihr Europa-Abgeordneter ist? Die Engländer goutieren es nicht, daß die Partei für sie denkt, und noch weniger schätzen sie Volksvertreter, die sie

nicht kennen. Deshalb sind diesmal noch mehr zu Hause geblieben als sonst.

Die Distanz zwischen Volk und Vertreter prägt auch das hiesige Wahlverhalten. Wir kennen die MEPs nicht, und sie zeigen sich nicht. Und daher der wichtigste Grund für Demokratie-Defizit und Wähler-Indifferenz. Die Parteien haben in ihrer souveränen Gleichgültigkeit gegenüber Europa nicht etwa über Schicksalsfragen wie die Reform-, Spar- und Erweiterungsunfähigkeit der EU gestritten. Sie haben vor nationalem Publikum mit hausgemachten Parolen Sympathiewerbung für sich selbst gemacht. Warum soll dann der Wähler entscheiden, wo es nichts zu entscheiden gibt – außer jener einen großen Sache, die seit jeher die Euro-Wähler treibt: Sie wollen die Gelegenheit nützen, zwischen nationalen Wahlterminen, und dann völlig risikolos, ihre Regenten zu strafen oder zu streicheln.

Da der moderne Wähler hauptsächlich abwählt und nicht erwählt, war es vorbestimmt, daß die europäische Linke diesmal insgesamt abgestraft wurde und so ihre Mehrheit im EU-Parlament verlor. Wer nämlich in elf von 15 Ländern die Regierung führt und in zwei weiteren mitführt, wird naturgemäß nicht belohnt, wenn er vorweg nur wirtschaftliche Stagnation und permanente Arbeitslosigkeit vorzuweisen hat.

Das Musterbeispiel war Deutschland, wo die SPD das schlechteste Ergebnis seit den Bundestagswahlen 1953 eingefahren hat. Dabei mußten die Konservativen nichts anderes tun, als einfach nur dazusein – eben wie CDU/CSU, die weder mit brillanten Ideen noch mit charismatischem Personal gegläntzt hat. Das reicht, wenn die Regierenden, weil unentschlossen und selbstblockiert, einen miesen Status quo bloß verwalten. Und weil das ganze nur eine hochgestochene Meinungsumfrage ohne letzte Konsequenzen ist, prügelt der Wähler um so lustvoller auf die Herrschenden ein. Der Gegenpol war Frankreich: Die regierende Linke konnte zulegen, weil die Rechte ihre Regierungsunfähigkeit so schön in der gegenseitigen Zerfleischung vorführte.

Nach dieser Europawahl wissen wir, was der Wähler *nicht* will: Arbeitslosigkeit, Standort-Verlust, Währungsverfall. Er will keine Regierungen, die das bloß plaudernd begleiten, und er will keine Opposition, die noch unfähiger ist (siehe Frankreich). Doch welche Regenten will er eigentlich? Will er Schröder-Blair-Prodi, die weg vom Etatismus der Traditions-Linken in die „Neue Mitte“ streben, wo Entstaatlichung, Entregulierung und Entmachtung der Arbeitsmarkt-Kartelle winkt (oder droht)? Das hat uns der Wähler nicht gesagt, das kann er auch nicht, solange die Europawahl bloß eine Stimmungswahl bleibt. Der Wähler hat gestraft, nicht gesprochen.